Aus dem Inhalt:
Bottroper CDU schweigt zu Strauß Seite 2
Die Gespenster des Herrn Gerlach Seite 4
Das große Geschäft mit dem Öl Seite 2

UZ Unsere Zeit Zeitung der DKP

notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Nr. 8
4. 8. 1979

Rathaus-Clan heckt neue Schikanen aus

Hohe Beamte üben den „Wahlkampf" gegen DKP

Es klingt wie eine Story aus Süditalien. Doch es ist Bottroper Wirklichkeit Anno 1979: Da brüten leitende Beamte im Rathaus über Pläne, wie die DKP zu drangsalieren ist. Da werden Genehmigungen verweigert, Sondernutzungen nicht gestattet und auch Verbote ausgesprochen. Anstatt für den Bürger zu wirken und parteipolitische Neutralität zu wahren, benutzen sie das Amt zum Kampf gegen die DKP.

Vorläufiger Höhepunkt dieser Kampagne, die die Chancen der DKP bei den kommenden Kommunalwahlen untergraben soll, war eine Ordnungsverfügung, wonach die DKP die bisher angebrachten Plakate wieder abhängen sollte. Andernfalls wurde ein Bußgeld und die kostenpflichtige Entfernung der Plakate angedroht.

Diese massive Wahlbehinderung war von Amtsleiter Backhaus in Szene gesetzt worden, der sich als Vorstandsmitglied der SPD zu dieser Art der Auseinandersetzung berechtigt glaubte. Dem Vernehmen nach soll er Schützenhilfe vom amtierenden SPD-Vorsitzenden Gerlach erhalten haben, der ebenfalls keine Gelegenheit ungenutzt läßt, seine Position als Amtsleiter der städtischen Liegenschaften für einen Privatkrieg gegen die DKP auszunutzen.

Die Intrige aus dem Rathaus stützte sich auf das Landesstraßengesetz von 1961, was gewisse Möglichkeiten zur Begrenzung der Wahlwerbung enthält, die aber in Bottrop bisher nie angewandt wurden.

Plötzlich sollten „Verkehrsgefährdung" und „Verschmutzung der Stadt" das Verbot rechtfertigen. Der wahre Grund: Ärger darüber, daß sich die DKP mit ihren Plakaten optisch wirkungsvoll in Bottrop darstellt. (Lesen Sie weiter auf Seite 4.)

Girgensohn gratuliert VVN Bottrop

Der Kultusminister des Landes hat dem Bottroper Vorsitzenden der VVN-Bund der Antifaschisten ein Lob für die Ausstellung über den Widerstandskampf an der Ruhr gegen Hitler ausgesprochen. Girgensohn schreibt: „Ich habe mit großem Interesse über Ihre Bemühungen gelesen, zur lokalgeschichtlichen Aufarbeitung des Nationalsozialismus beizutragen. Dies ist eine sehr wichtige Aufgabe. Ich bin daher froh, daß mein Erlaß vom 6. Juni 1978 nicht nur von den Lehrern aufgegriffen wird, sondern auch außerhalb der Schule wirkt."

Ferienspaß für 412 Kinder durch die DKP

412 Bottroper Kinder nahmen in diesem Jahr an der Ferienfahrt der DKP teil. Obwohl das Wetter viel zu wünschen übrig ließ, gab es keine Langeweile. In den Feriendörfern war immer etwas los. Beim Wettbewerb um schnelles „Einseifen" kam auch Lagerleiter Ferdinand Kroll an die Reihe (Foto), zum Gaudi der Kinder. Lesen Sie zu diesem Thema unsere Bildberichte auf Seite 3, 5 und 7 sowie die Meinung von Eltern.

Plötzlich tauchte die Kripo auf

Der Mann vor der Tür wies sich als Kripobeamter aus und fragte die Frau, ob sie aussagebereit sei, da eine Anzeige gegen sie vorliege. Frau Odrozek war sich keiner Schuld bewußt und wollte wissen, was da gespielt werde. Anstelle einer genauen Auskunft erfuhr sie, daß es sich um die Mietsache Brauer/Bothenstraße handele. Da wußte Gertrud Odrozek, daß man ihren und den Einsatz der DKP für die Mieter auf diese Art erledigen will. Die Kripo ermittelt wegen „Rechtsberatungsmißbrauch". Sie sollte lieber gegen den Großvermieter ermitteln, der den Mietern ungerechtfertigte Mieten aufhalsen will!

STADT BOTTROP
DER OBERSTADTDIREKTOR

Ordnungsverfügung

Empfangsbestätigung

An die
Deutsche Kommunistische Partei
Gladbecker Str. 83

4250 Bottrop

Bauverwaltungsamt (60/1)
Bottrop, Scharnhölzstr. 26
60/1 Sch/Da

Herr Schmidt — Zimmer 304
Telefon Ortsnetzgr. 0 20 41 — Zentrale 247-1 — Durchwahl 394
Sprechstunden: 8.30-12.00 Uhr u. 14.00-16.00 Uhr, Mittwochs 8.30-12.00 Uhr

Datum: 25. Juli 1979

Betrifft: Plakatwerbung auf öffentlichen Straßen aus Anlaß der bevorstehenden Kommunalwahl

Sehr geehrte Damen und Herren!

Gemäß Bekanntmachung vom 28. 10. 1978 fordere ich Sie hiermit auf, die im Stadtgebiet Bottrop von Ihnen angebrachten Plakattafeln bis zum 2. August 1979 zu entfernen.

Begründung:

Für die von Ihnen angebrachten Plakattafeln wurde keine Sondernutzungserlaubnis nach § 18 LStrG beantragt und demgemäß auch nicht erteilt. Auch bei einem Antrag Ihrerseits könnte eine Sondernutzungserlaubnis aus verschiedenen Gründen nicht erteilt werden. Dies bedeutet, daß ich nicht verpflichtet bin, Ihren etwaigen Wünschen auf Wahlsichtwerbung unbeschränkt Rechnung zu tragen. Bezogen auf die von Ihnen unerlaubt vorgenommene Plakatierung ist festzustellen, daß Sie auf jeden Fall in einem zu großen und damit unangemessenen Umfang erfolgt ist.

Ein obskures Verbot der Wahlwerbung

Nebenstehende Auszüge aus der Ordnungsverfügung der Bauverwaltung belegen, wie unverhohlen Wahlbehinderung betrieben wird. Dort heißt es u. a.: „Für die von Ihnen angebrachten Plakattafeln wurde keine Sondernutzungserlaubnis nach § 18 LStrG beantragt und demgemäß auch nicht erteilt. Auch bei einem Antrag Ihrerseits könnte eine Sondernutzungserlaubnis aus verschiedenen Gründen nicht erteilt werden." Das heißt im Klartetxt:

Die Bauverwaltung wollte die Wahlwerbung der DKP total blockieren. Eine Anmaßung sondergleichen!

Das Allerletzte

Strauß über seinen „Gegenspieler" Albrecht, ARD am 23. Juli: „Ich habe in London zwei Tage mit ihm beisammengesessen, und Sie hätten nicht den Hauch eines Unterschieds zwischen uns feststellen können."

„Grüne" blitzen bei Secunde ab

Der Vorsitzende der Bottroper Initiative Umweltschutz, Secunde, wird nicht für die „Grünen" in Bottrop kandidieren. Aus SPD-Kreisen verlautet, daß Secunde einen Sitz als sachkundiger Bürger im Planungs- und Umweltausschuß erhält. Secunde hat sachliche Differenzen mit den „Grünen" um Wegner.

Wahlen ein Geschäft?

Von Ferdinand Kroll

Sind die Parteien für die Bürger oder die Bürger für die Parteien da? Diese Frage stellte mir ein Kollege, der darüber erbost war, daß die Parteien in Bonn mit der Europawahl ein gutes Geschäft gemacht haben.

Ja, es stimmt, die Unverfrorenheit ist kaum noch zu überbieten. Da schieben sich die „Volksvertreter" in Bonn runde 150 Millionen aus Steuergeldern zu, obwohl sie viel weniger für die Wahl ausgegeben haben. Jetzt wurde die Abrechnung in Bonn publik. 59 Millionen erhielt die CDU, 29 Millionen hat sie ausgegeben. Die SPD bekam 61 Millionen und gab 40 Millionen aus. Für CSU, FDP und „Grüne" blieb der unbescheidene „Rest" von über 29 Millionen.

So bereichern sich diese Parteien wortwörtlich auf Kosten der Steuerzahler. Diese Methoden betrachten wir als Ausdruck eines nackten Egoismus, den wir grundsätzlich bekämpfen. Wir tun das nicht nur mit Worten. Obwohl die Parteien im Rat viel weniger an Zuschüssen erhalten und Wahlkosten bei der Kommunalwahl nicht bezahlt werden, hat unsere Fraktion im Rat seit eh und je ihre Einkünfte in angemessener Form an die Bürger zurückgegeben: Für Kinder oder Behinderte, für Sportvereine oder Kleingärtner, für Tauben- oder Skatvereine. Wir betrachten eben die Politik nicht als ein Geschäft, das uns persönlichen Nutzen bringt.

Wer jedoch die Politik als Selbstbedienungsladen betreibt, wie es Bonn anschaulich macht, darf sich dann auch nicht wundern, wenn der Wähler ihm einen kräftigen Denkzettel verpaßt. Schon stehen die nächsten Wahlen vor der Tür. Wieder regen sich einige, die gewählt werden wollen, die aber seit der letzten Wahl dem Bürger nur die kalte Schulter zeigten. Jetzt versprechen sie viel. Aber kaum werden sie beim Wort genommen, wie in Sachen der Erhaltung der „Station K" im Knappschaftskrankenhaus, da machen sie einen Rückzieher.

Wer Rückzieher liebt, soll sie wählen. Wir jedenfalls gehören nicht dazu. Uns können Sie beim Wort nehmen!

Das große Geschäft mit dem Öl treibt jetzt die tollsten Blüten

Multis kassieren bei Benzin das Achtfache der Preiserhöhung

Erst wurde eine wahre Hysterie über eine angebliche Ölkrise erzeugt, und dann schröpften die Ölkonzerne schamlos den Verbraucher. Jetzt kann jeder das abgekartete Spiel durchschauen. Wir nennen einige Fakten:

Ist das Öl knapper geworden? Stimmt nicht. Die Einfuhr von Öl in die Bundesrepublik ist gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegen und auch in den 80er Jahren ist das Angebot reichlich. Hat die große Nachfrage den Preis in die Höhe getrieben? Stimmt nicht. Die Ölmultis hielten das Öl zurück, um den Preis künstlich hochzutreiben. Aber in jüngster Zeit ist der Ölpreis in Rotterdam wieder um 25 Prozent gegenüber dem Höchstkurs gefallen. Trotzdem stoppen die Multis nicht den Preis.

Liegt die Preissteigerung etwa darin, daß die OPEC-Staaten die Preise für Rohöl erhöht haben? Stimmt nicht. Die OPEC-Staaten erhöhten ab 1. Juli die Preise um 4 Pfennig je Liter. Tatsache ist jedoch, daß der Anteil des Benzins am Rohöl nur 15 Prozent beträgt, den Rest machen Heizöl, Bitumen, Gas und viele andere Produkte aus. Also dürfte die Preissteigerung bei Benzin auch nur 15 Prozent von 4 Pfennig, das wären 0,6 Pfennig, ausmachen.

Statt dessen haben die Ölmultis 5 Pfennig je Liter aufgeschlagen, das Achtfache dessen, was die Rohölpreiserhöhung beim Benzin wirklich ausmacht. Der Rest ist Zusatzgewinn. Vor allem auf Kosten der kleinen Verbraucher. Und die Regierung ermuntert diese Herren bei ihrem bösen Spiel. — Ein feiner Kapitalismus!

Warum schweigt die Bottroper CDU zur Wahl des Kanzlerkandidaten?

Ein offener Brief von H. Czymek an CDU-Bürgermeister Fockenberg

Die Nominierung von Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU hat landauf, landab die Gemüter beschäftigt. Die Bottroper CDU, die ansonsten mit Erklärungen nicht geizt, hat dazu bisher geschwiegen. Daher schrieb der DKP-Fraktionsvorsitzende Heinz Czymek diesen offenen Brief an den Oberbürgermeisterkandidaten der CDU:

Werter Herr Fockenberg!

Die CDU hat Sie zum Oberbürgermeisterkandidaten für Bottrop erklärt. Dieses Amt würde Sie verpflichten, dem Wohle der Gemeinde zu dienen, es verlangt aber auch Aufrichtigkeit und Bekennermut.

Nun konnten wir in der örtlichen Presse zahlreiche Stellungnahmen aus der CDU zur Wahl des Herrn Strauß lesen. Viele Mandatsträger übten Kritik an dieser Nominierung. Sie haben geschwiegen. Die Ortspresse vermerkte am 9. 7. 79, die „einzige auffällige Reaktion" auf die Strauß-Wahl in der Bottroper CDU sei der Rücktritt eines Schriftführers eines Ortsvereins gewesen, in der Bottroper Parteiführung sei „alles ruhig".

Gerade der Hinweis veranlaßt mich zu diesem Brief.

Im Unterschied zum Fraktionssprecher der Bottroper SPD, der die Strauß-Krönung als unfreiwillige Wahlhilfe für die SPD ansieht, bin ich der Meinung, daß mit Franz Strauß das Parteienspektrum in unserem Land noch weiter nach rechts rückt. Mir geht es weniger um den rabulistischen Stil und die anrüchigen moralischen Praktiken des Herrn Strauß. Mir geht es vielmehr um das politische Programm, das mit ihm zur Wahl steht.

Halten Sie es für zumutbar, daß mit Strauß ein Kurs gegen die Entspannung, zurück zum kalten Krieg gesteuert werden soll?

Halten Sie es für zumutbar, daß unter Strauß der Rüstungswettlauf angeheizt und die Demontage sozialer Errungenschaften forciert wird?

Halten Sie es für zumutbar, daß mit Strauß ein Mann Kanzler wird, der ein erklärter Gegner der Mitbestimmung und der Einheitsgewerkschaft ist?

Halten Sie es schließlich für zumutbar, daß mit Strauß die Berufsverbotekampagne gegen Andersdenkende ausgeweitet und Innenpolitik unter der Maxime betrieben wird „die roten Ratten dahin zu jagen, wohin sie gehören — in ihre Löcher"?

Sind ein solches Programm und seine Träger nicht mit aller Kraft zu bekämpfen?

Wenn Sie ähnliche Bedenken haben, wäre es nur aufrichtig, sie auch auszusprechen. Sollten Sie jedoch das Programm des Herrn Strauß billigen und sich bemühen, für Strauß ein Rathaus zu erobern, dann wären Sie als Bürgermeister untragbar und hätten zurückzutreten.

Die Kandidatur von Strauß erfordert Farbe zu bekennen. Ich erwarte von Ihnen, daß Sie nicht kneifen und diesen offenen Brief aufrichtig beantworten.

Mit freundlichem Gruß

gez. **Heinz Czymek**

Strauß möchte den DGB spalten

Strauß weiß, was er seinen Gönnern schuldig ist. Kaum war er Kanzlerkandidat von CDU/CSU, da forderte er von der arbeitenden Bevölkerung mehr Opferbereitschaft. Und um es nicht beim Wunsch zu belassen, ließ er seinen Generalsekretär Stoiber eine CSU-Gewerkschaftskonferenz ankündigen, mit dem erklärten Ziel, die Einheitsgewerkschaft zu spalten.

Ja, wer diesen Kurs steuert wie Strauß, der kann keine starken Gewerkschaften als Gegner verkraften. Daher kann es für die Arbeiter und Angestellten nur die Parole geben, die Einheitsgewerkschaft zu stärken, weil sie die Voraussetzung für sozialen Fortschritt ist, der gegen Strauß & Co erkämpft werden muß.

Die große Fahrt zu kleinen Preisen

412 Bottroper Kinder fuhren ins Ferienvergnügen

Leichter Regen kühlte den Abschiedsschmerz, als am 8. Juli 412 Bottroper Kinder vom Hauptbahnhof mit der DKP in die Ferien fuhren. Omas, Muttis und Vatis winkten dem Zug nach und da und dort sah man ein paar Abschiedstränen kullern.

Die Fahrt ging über 500 km ostwärts an die märkischen Seen bei Potsdam/DDR. Am Glindower See und in Groß-Köris fanden die Bottroper Kinder in Begleitung von über 50 Betreuern zwei Feriendörfer vor, die inmitten von Kiefern und Mischwald nicht nur Romantik, sondern auch Gelegenheit zu Spiel, Sport und vergnüglichen Abenteuern versprachen.

Das erste Abenteuer war die Besetzung der Bungalows durch die neuen Gäste, die es sich in den 12-Betten-Zimmern mit Doppelstockbetten gemütlich machten. Leider war der Wettergott auch bei der Ankunft unfreundlich, es regnete. So endete der erste Ferientag nach dem Abendbrot mit einer heißen Disko, die die Laune wieder nach oben trieb. Und damit begannen erlebnisreiche, erholsame Ferien.

(weiter auf Seite 5).

Zwischen Abfahrt in die Ferien (Foto oben) und der Heimkehr (unten re.) lagen für die Teilnehmer am Ferienlager erlebnisreiche Tage. Die aktive Zuschauerschar beim Neptun-Fest (Foto li.) sowie die fröhlichen Gesichter bei Spielen und Festen zeugen davon.

In Bottrop will man Freundschaft halten

Schon wenige Tage nach der Ankunft in Bottrop trafen sich ein Großteil der Kinder und viele Eltern zur Wiedersehensfete auf der großen Wiese an der Scharnhölzstr./Nordring (Foto unten). DKP und die Jungen Pioniere hatten dazu eingeladen. Hier nutzten die Eltern die Gelegenheit, mit den Betreuern über ihre Sprößlinge zu reden oder weitere Informationen zu erhalten. Eine wichtige Frage war: „Was könnt Ihr für die Kinder hier in Bottrop tun?" Unsere Antwort: „Die DKP wird im Rat noch mehr tun und alle Kinder können in den Pioniergruppen mitmachen." So kann man die Freundschaften erhalten.

„Was die DKP tut, finde ich prima"

Frau Ditzek, Beckstraße 109: Ich habe meine Kinder früher mit der AWO in Urlaub schicken können. Meine Große war 1975 das erste Mal in einem DKP-Ferienlager. Diesmal wollten die Kinder nur mit der DKP mit, weil sich Michaela dort viel freier und ungebundener gefühlt hat als bei der AWO.

Frau Brdoch, Am Lamperfeld 98: Ich habe mein Kind mit der DKP in die Ferien fahren lassen, weil das sehr preiswert war. Was die DKP alles für die Kinder tut, finde ich prima.

Frau Strengmann, Rippelbeckstraße 7: Meine Tochter wollte gerne mitfahren. In Bottrop müßte noch mehr für die Kinder angeboten werden, z. B. solche Fahrten oder Organisierung und Betreuung von Kindergruppen in den Stadtteilen.

Ein Schuß in den Ofen

Fortsetzung von Seite 1

Aber der Schuß des Herrn B. erwies sich schnell als Rohrkrepierer. Der Oberstadtdirektor, von mehreren Niederlagen vor Gericht zur Vorsicht gemahnt, zog dieses Verbot aus dem Verkehr. Er wollte der Verwaltung damit eine weitere Blamage ersparen.

Der SPD-Vorstand sollte sich jedoch fragen, ob er die anrüchigen Praktiken der Herren Backhaus und Gerlach einfach hinnimmt! Dieser rüde Wahlkampfstil würde sicher auf die Partei zurückfallen, die sie repräsentieren. Daher wäre zu wünschen, wenn die SPD diesen Ballast abwirft.

Die Geister, die er beschwor, können die DKP nicht schrecken

Herr Gerlach auf den Pfaden politischer Untugend

Herr Gerlach ist Leiter des Liegenschaftsamtes in Bottrop. In dieser Eigenschaft hat auch die DKP hin und wieder mit ihm zu tun, weil sein Amt städtische Grundstücke für Veranstaltungen vergibt.

Hinlänglich bekannt ist, daß OB Wilczok und seine Mitstreiter uns am liebsten zum Teufel wünschen. Weil das einstweilen nicht machbar ist, müssen Gespenster herhalten, um der DKP zu schaden. Sprecher dieser Gespenster aber ist Herr Gerlach. Beispiel:

Am 26. Mai wollte die DKP eine Volksfest im „Trapez" veranstalten. Das Gerlach-Amt verweigerte die Genehmigung mit der Begründung: „Die Veranstaltung ist nicht mit den Interessen der Anlieger in Einklang zu bringen." Am 28. Juli wollte die DKP ein Volksfest im „Hölscherskotten" durchführen. Das Gerlach-Amt erlaubte nicht. Telefonische Begründung von Herrn Gerlach: „Das Grundstück ist verpachtet." Nach dem Namen des Pächters befragt, weil wir uns mit diesem wegen der Nutzung der Wiese in Verbindung setzen wollten, erklärte Herr Gerlach: „Von mir und meinem Amt erfahren Sie den nicht. Der will nämlich nicht dauernd gestört werden!"

Wer hier wen stört, sei dahingestellt. Jedenfalls scheint es uns reichlich störend, wenn einer der SPD-Spitzenkandidaten zur Kommunalwahl noch immer als Amtsleiter wirkt und Partei ergreift!

Nun denn: Beide Volksfeste haben zur Freude der teilnehmenden Bevölkerung stattgefunden — das eine am 26. 5. auf dem Cyriakusplatz, das andere am 28. 7. auf der Jörgensmannwiese. Wie die DKP erfahren hat, soll Herr Gerlach zur Zeit darüber brüten, warum seine Gespensterbeschwörung es nicht schafft, der DKP statt des Volksfestfeierns das Fürchten beizubringen.

Zum Tage

. . . dann ist das gar kein richtiger Winter, dieser Sommer!

Die Nachbarn halten fester zusammen

Nach anfänglichen Unsicherheiten hat sich der Widerstand der Mieter in der Siedlung Brauer-/Bothen-/Kirchstraße gefestigt. Die AGV (Anlagen- und Grundbesitz-Verwaltung) hat die Mehrzahl der Mieter nicht dazu gebracht, der geforderten Mieterhöhung zuzustimmen.

Die DKP-Fraktion ihrerseits war bemüht, den Zusammenhalt der Mieter zu festigen. Daher veranstaltete Gertrud Odrozek am 11. Juli im Hof der Siedlung eine Nachbarschaftsfete, an der 120 Mieter teilnahmen. Auch die Aufforderung der AGV, die Mieter sollten die Lärmbelästigung anzeigen, fruchtete da nichts.

Bei der Fete in der AGV-Siedlung: DKP-Ratsherr Czymek mit Mietern im Gespräch. DKP-Vertreter informierten die Mieter in gemütlicher Runde und sicherten ihrem Widerstand gegen die Mieterhöhung umfassende Unterstützung zu!

Notizen aus dem Rat

Die Verwaltung möchte den Rat veranlassen, in der letzten Sitzung dieser Wahlperiode noch eine neue Satzung zur Beitragserhebung nach dem Kommunalabgabegesetz zu beschließen. Das würde die Bürger noch mehr belasten.

Während OB Wilczok am 20. August mit geladenen Gästen die 60-Jahr-Feier der Stadt am Overbeckshof feiert, stellt die DKP am 18. August die Innenstadt unter das Motto: 60 Jahre Bottrop — mit der DKP klappt's besser! Es wird Heiteres und Besinnliches geboten.

Die DKP-Fraktion hat den Hauptausschuß aufgefordert, einen Zuschuß für die privaten Verbraucher von Heizöl zu beschließen. Damit soll denen geholfen werden, die hohe Heizkostennachzahlungen oder -vorschüsse leisten müssen.

Der Rechnungsprüfungsausschuß wird sich am 6. 8. 1979 endlich mit dem Antrag der DKP-Fraktion vom 15. 2. 1979 befassen, der Auskunft verlangt, welche städtischen Bediensteten Auslandsreisen mit der VHS als Dienstfahrten honoriert bekamen?

Vorwärts Kameraden, zurück zur Kohle!

Was die Kommunisten vorschlugen, als Bonn die Zechen absaufen ließ

„Vorrang für die Kohle!" heißt seit jüngster Zeit der Ruf prominenter Politiker aus Bonn und Düsseldorf. Wie ernst ist es diesen Herren? Wir wissen noch allzu gut, daß ihre Vorgänger als Minister in den 60er Jahren viele Zechen zumachten. Auch 1979 werden vier Schachtanlagen geschlossen. Heute empfehlen Konzernbosse Kohleverflüssigung, weil das neue gute Profite verspricht. Wir Kommunisten sind die einzigen, die seit langem die Bedeutung des heimischen Energieträgers Kohle betonten. Dafür einige Beispiele:

Am 4. November 1966, der damalige Erste Sekretär der KPD, Max Reimann, auf einer internationalen Pressekonferenz:

„Um die Krise im Bergbau zu lösen, sollte unverzüglich ein nationaler Energieplan erarbeitet werden. Durch verstärkte Veredelung der Kohle in der Energiewirtschaft und in der chemischen Industrie, durch den Bau neuer Wärmekraftwerke und Heizwerke ist der Absatz des Kohlebergbaus und damit die Existenz des wichtigsten nationalen Energieträgers zu sichern." Als Sofortmaßnahmen schlug die KPD unter anderem vor, die Zechenstillegungen einzustellen und die ausländischen Energiekonzerne „einer strengen Kontrolle zu unterwerfen".

Am 15. Januar 1967 unterbreiteten vier ehemalige KPD-Landtagsabgeordnete von Nordrhein-Westfalen, Clemens Kraienhorst, Emil Sander, Karl Schabrod und Willi Spicher, ein wirtschaftspolitisches 7-Punkte-Programm. Zu seinen Grundsätzen zählen:

„Das sofortige Verbot weiterer eigenmächtiger Zechenschließungen durch die Kohlekonzerne, den Schutz der Kohle vor dem ruinösen Wettbewerb der ausländischen Ölkonzerne, die volle soziale Sicherung aller Bergarbeiter sowie die gesetzliche Vorbereitung einer Nationalisierung der gesamten Kohle- und Energiewirtschaft" („Dokumentation der Zeit", 376/37).

Auf dem Essener Parteitag der DKP im April 1969 bezeichnete Willi Tewes, Betriebsrat, als Erfordernisse:

„1. Überführung der Energiewirtschaft in Gemeineigentum.

2. Die Errechnung und Darlegung proportionaler Anteile der Energieträger am Energiebedarf in der Bundesrepublik, um so eine systematische und dauerhafte Gewährleistung der Arbeitsplätze zu sichern.

3. Sicherung unseres heimischen Energiemarktes gegen das Eindringen ausländischer Energiekonzerne."

In dem auf der 1. Energiepolitischen Konferenz der DKP am 15. Dezember 1973 in Köln vorgelegten Entwurf des Energiepolitischen Programms gibt es ein eigenes Kapitel „Kohlewirtschaft". In dem dort aufgeführten umfangreichen Forderungskatalog heißt es:

„Der verstärkte Einsatz von Steinkohle für die Stromerzeugung muß über die gegenwärtigen Pläne der Bundesregierung hinaus langfristig geplant und durchgesetzt werden. Die DKP schlägt den Bau von 20 Großkraftwerken vor, um einen zusätzlichen Steinkohlenersatz von rund 30 Millionen Jahrestonnen sicherzustellen."

(Aus: UZ)

Herausgeber für den Kreisvorstand der DKP Bottrop/Gladbeck und die DKP-Fraktion des Rates der Stadt Bottrop:
Heinz Czymek.
Verantwortlich für den Inhalt: **Franz Meichsner.**
Druck: Plambeck & Co Neuss.

„Die Ferien brachten viel Spaß"

Urlaub auch für den kleinen Geldbeutel / Die DKP macht's möglich / Elternstimmen

„Großer Wettergott, beende die Dürre und geb' uns Wasser", flehte Regenmacherin „Nasse Wolke", und kurz darauf flossen Wassermassen. Der „große Wettergott" führte auf dem Dach des Bungalows Regie und seine Wassermassen trieben selbst den Fotografen in die Flucht. Einer der Höhepunkte in Groß-Köris war dieses Indianerfest. Natürlich gab es Rothäute, Bleichgesichter, Marterpfähle, Reiterkämpfe, Büffelziehen u. v. m. Später machte es manche Mühe, die äußeren Zeichen dieses Spiels mit Wasser und Seife wieder loszuwerden. Im Bett wurde lange über den Ausgang der Kämpfe palavert und über den geheimnisvollen „Teufelstrank" für die Bleichgesichter gerätselt.

Ein Tag von vielen im Ferienlager. Und jeder Tag war anders. Wenn das Barometer das Baden verhinderte, dann gab es Sport oder andere Lagerfeste. Dabei machten die Bottroper Bekanntschaft mit Kindern aus der DDR, die im gleichen Lager kostensolide Ferien verbrachten. Diese Begegnungen und der Besuch bei Familien machte den Kindern Freude und zeigte, was in der DDR getan wird.

Es war selbstverständlich, daß im Ferienlager jede Gelegenheit zum Feiern genutzt wurde. Die Vertreter der DKP-Ratsfraktion konnten sich in beiden Lagern davon überzeugen, daß Kinder und Betreuer mit viel Phantasie auch die Geburtstage in der Gruppe (Foto) begingen. Das gute Verhältnis zwischen Betreuern und Kindern war ein großes Erlebnis, so daß dann beim Abschied neben den Tränen das Lob stand: „Diese Ferien haben uns viel Spaß gebracht!"

Es war immer was los: Beim „Neptunfest" mußte auch Betreuerin Sigrid zur „Taufe" (Foto ganz oben) in den See (unten rechts). Kinder und Gäste aus Bottrop waren Zuschauer beim Spiel (oben rechts). Geburtstagsfeier in Petzow mit Ratsherren Melchsner, Czymek und Betreuer. Beim Spiel (unten) und Erinnerungsfoto (oben) in Petzow.

Die Stadt könnte mehr tun!

Frau Makulik, Eichenstraße 69: Mein Markus ist das erste Mal über die DKP in Urlaub gefahren, weil das preiswert war.

Ihr Sohn Markus, gerade aus dem Zug gestiegen: Abends in den Betten haben wir viel Krach gemacht. Unser Betreuer war große Klasse — er hat nie geschimpft. Weil mir die Ferien so viel Spaß gemacht haben, gehe ich in Bottrop vielleicht mit zu den Jungen Pionieren.

Herr Schneider, Scharnhölzstraße 108: Ich habe meinen Sohn mitgeschickt, weil er einmal die DDR kennenlernen sollte. Was die SPD für Kinder anbietet, ist meiner Ansicht nach gar nicht so sozialistisch, schon wegen der Preise. Das macht die DKP besser.

Rolf Ditzek, Bergmann, Jugendleiter der Mädchenabteilung des FC Batenbrock: Die DKP setzt sich sehr für die Kinder ein mit ihren Kinderfesten, Spielmobil und der Kinderferienfahrt. Ich versuche das auch mit meiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Jugendleiter im Sportverein. Von der Stadt könnte man gerade im UNO-Jahr des Kindes etwas mehr an Unterstützung erwarten. Geredet worden ist schließlich genug.

Herbert Mies

Zur Politik der DKP

Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 448 Seiten, Leinen, DM 14,50
Best.-Nr.: 1110/7911014

Diese Auswahl von Reden und Schriften des Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei umfaßt einen Zeitraum von zehn Jahren. Das Buch vermittelt einen Einblick in die politische und ideologische Tätigkeit der DKP. Es dokumentiert ein Stück Geschichte der Bundesrepublik.

Gerhard Kade

Die Bedrohungslüge
Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten"

Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, Kleine Bibliothek Band 147, mit umfangreicher Dokumentation, 300 Seiten, DM 12,80
Best.-Nr.: 1120/7912006

Was steckt hinter der Legende von der „Gefahr aus dem Osten"? Wem nützt dieses Schreckgespenst und wem schadet es? Unter Verwendung umfangreichen Tatsachenmaterials wird nachgewiesen, daß die Legende eine Jahrhundertlüge ist.

Bücher für Frieden und Abrüstung

erhältlich in Ihrer collectiv Buchhandlung

Karl-Liebknecht-Buchhandlung
Viehofer Platz 15
4300 Essen 1

Frieden und Abrüstung
Ein bundesdeutsches Lesebuch

Verlag Atelier im Bauernhaus, Fischerhude, 250 S., Paperback, DM 14,80
Best.-Nr.: 1160/0400034

170 Autoren, darunter Schriftsteller, Maler, Fotografen, Karikaturisten, Wissenschaftler und Theologen haben Beiträge und Arbeiten für diesen Band zur Verfügung gestellt. U.a.: Andersch, Degenhardt, Grieshaber, Gollwitzer, Niemöller, v. Weizsäcker, Schütt, Drewitz, Kittner, Schöfer, Hildebrandt.

P. Klein/K. Engelhardt

Weltproblem Abrüstung
Politische und ökonomische Probleme des Ringens um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung

Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., Pappband, 222 S., DM 11,–
Best.-Nr.: 1110/7911012

Diese informative Arbeit zeigt, daß der weltweite Kampf um Abrüstung heute zu einer Schlüsselfrage der Menschheit geworden ist, zu einer Kernfrage der internationalen Auseinandersetzung um den Frieden.

Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit
Voraussetzungen, Probleme, Perspektiven

Staatsverlag der DDR, Berlin, 458 S., Leinen, DM 7,50
Best.-Nr.: 1501/795002

Verschiedene Autoren aus der UdSSR untersuchen aus der Sicht der sozialistischen Länder die Bedingungen für die Erhaltung des Friedens und die Ausweitung der Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und humanitären Bereich.

TAGESZEITUNG

☐ Ich bestelle die UZ – Unsere Zeit – als TAGESZEITUNG für mindestens 3 Monate (monatlich DM 8,–)

WOCHENENDAUSGABE

☐ Ich bestelle die UZ – Unsere Zeit – WOCHENENDAUSGABE für mindestens 1 Jahr (vierteljährlich DM 7,50)

BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN

Name _____ Vorname _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Beruf _____

Datum _____ Unterschrift _____

Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH,
Xantener Straße 7, 4040 Neuss

Arbeiterfotografie

Hiermit bestelle ich die Zeitschrift
Arbeiterfotografie
für mindestens 1 Jahr.

Name _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Wohnort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH
Xantener Straße 7 · 4040 Neuss

Zeitschrift des Verbandes Arbeiterfotografie. Erscheint viermal im Jahr. Jahresabonnement 15,–DM inklusiv Porto.

Arbeiterfotografie

als alternative Fotografie tritt der Flut von Bildern entgegen, die in den bürgerlichen Massenmedien und der Freizeitindustrie ein wirksames Mittel der Verschleierung der gesellschaftlichen Wirklichkeit sind.
An Gewerkschaften orientiert, arbeiten die Arbeiterfotografen mit allen fortschrittlichen Gruppen und Kräften zusammen.

FOTOSAISON
zu jeder Jahreszeit

ORWOCOLOLR-Negativ-Film
NC 19 MASK

— ein Aufnahmematerial, das in seiner Universalität unübertrefflich ist.

Bei Regen wird im Ferienlager gebastelt.

„Die DKP tut einfach mehr als andere"

Weitere Stimmen von Eltern zur Ferienaktion:

Frau Gerricke, Paßstraße 68: Es ist zwar das erste Mal, daß unsere Tochter in Urlaub gefahren ist. Aber ich habe sie mit ruhigem Gewissen fahren lassen, weil die DKP auch sonst viel für die Kinder tut. Sie wissen ja, Kinderfeste, Spielmobil. Dabei waren die Helfer immer sehr zuverlässig.

Frau Hein, Am Hasebrink 38, und Herr Wenzel, Am Hasebrink 42: Unsere Kinder sollten mal rauskommen. Wie sich die DKP für die Kinder einsetzt, das finden wir sehr gut. In Bottrop muß aber noch viel getan werden, vor allem in punkto Spielplätzen.

Frau Kohtz, Im Scheierbruch 39: Mein Sohn (10 Jahre) ist zum ersten Mal weggefahren. Unsere Familie war noch nie in Urlaub, das konnten wir uns nicht leisten. Wo kriegen wir denn so billige Ferien für die Kinder geboten wie bei der DKP? Was die DKP für die Kinder tut, finde ich sehr gut.

Frau Czeranski, Johannesstraße 140: Die DKP tut einfach mehr als andere Parteien. In Bottrop gibt es viel zu wenig Spielplätze, die wenigen sind oft noch vergammelt. Gegen solche Mißstände sollten die Eltern viel mehr auf die Barrikaden gehen.

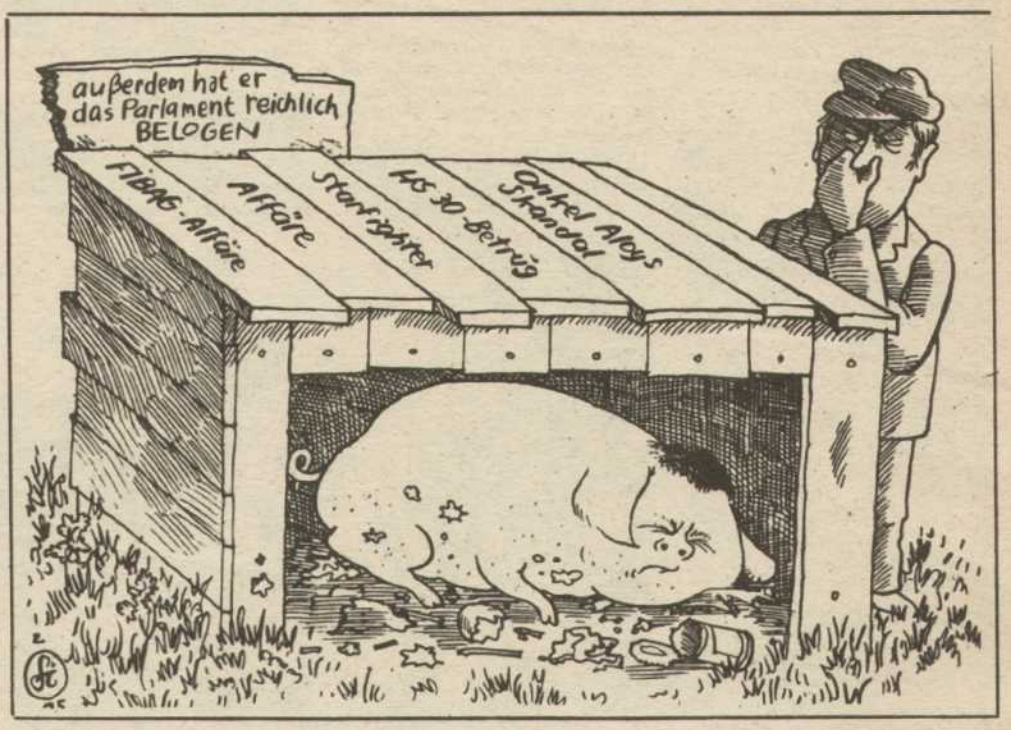
Strauß-Partei: Amok gegen Gesamtschule

CDU will „striktes Nein" auf Bundesebene

Während der Bottroper Rat mit den Stimmen von SPD und DKP die Einrichtung einer Gesamtschule beschlossen hat, verschärft die Partei des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Strauß ihre Angriffe gegen die Gesamtschule. So bezichtigte Bayerns Kultusminister Maier vor kurzem die Befürworter der Gesamtschule, sie wollten damit „ein Instrument zur Veränderung der Gesellschaft" schaffen. Er drohte mit Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die Anerkennung von Zeugnissen aus Gesamtschulen.

Der Sprecher des kulturpolitischen Arbeitskreises der CSU, Zehetmair, ging noch weiter. Er forderte alle Mandatsträger der CSU auf, das „strikte Nein" zur Gesamtschule nicht nur in Bayern, sondern „auch auf Bundesebene offensiv zu vertreten".

Strauß führt diese Kampagne mit dem Ziel, die Vereinbarung der Bildungsplankommission zu torpedieren, wonach die SPD/FDP-regierten Länder die Gesamtschule künftig als Regelschule im Sekundarbereich einführen können. Jetzt sollten Eltern und Schüler aktiv werden, um die Strauß-Pläne zu stoppen!



Die seltsame Karriere des Franz Strauß

Erst Nazireferent, dann Geheimtip der Großindustrie, jetzt Kanzlerkandidat von CDU/CSU

„Geboren am 6. September 1915 in München; katholisch; verheiratet, drei Kinder. Volksschule, humanistisches Gymnasium, Abitur. Studium der Geschichte, der klassischen Sprachen und der Volkswirtschaftslehre an der Universität München. 1939 erstes, 1940 zweites Staatsexamen für den höheren Schuldienst. 1939 bis 1945 Kriegsteilnehmer (Frankreich, Rußland)."

So beschönigend wie die offizielle Biographie von Franz Strauß (den Josef hat er frei erfunden) im amtlichen Handbuch des Bundestages beginnt, geht sie auch weiter. Doch das ist weniger als die halbe Wahrheit.

Er begann als weltanschaulicher Referent und Rottenführer beim „Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps" (NSKK) — ein in Nazikreisen angesehener Posten. Diese Art Referenten galten als besonders zuverlässige Nazis.

Frühe Kontakte zum CIA

Seine kurze amerikanische Kriegsgefangenschaft nutzte er, um den Grundstein seiner politischen Karriere zu legen: er knüpfte Verbindungen zum CIA.

Seine Beteiligung an der Remilitarisierung der Bundesrepublik ist begleitet von einer Kette von Skandalen, von denen jeder einzelne ausreichen würde, die politische Karriere eines Mannes zu zerstören. Franz Josef Strauß bestellte als Verteidigungsminister bei der Schweizer Firma „Hispano Suiza" 10 680 Exemplare des Schützenpanzers HS 30. Vorweg wurde eine Anzahlung von 193 Millionen DM geleistet. Zum Zeitpunkt der Bestellung gab es jedoch keinen einzigen Prototyp des Panzerwagens HS 30. Bestechungsgerüchte verdichteten sich, doch die Akten blieben verschlossen.

Noch größere Dimensionen hatte das Geschäft mit dem US-amerikanischen Lockheed-Konzern. Der als Schönwetterabfangjäger konzipierte Starfighter F 104 wurde von Strauß in einer Größenordnung von 700 Maschinen geordert. Von dem umgerüsteten Flugzeug sind bislang 200 Maschinen abgestürzt. Rund 100 Menschen kamen dabei ums Leben.

Lockheed — das große Geschäft

Während in fast allen anderen Ländern Regierungspolitiker in den vergangenen Jahren wegen nachgewiesener Bestechung im Zusammenhang mit Geschäften mit dem Lockheed-Konzern ins Gefängnis wanderten oder sich durch Selbstmord der Verfolgung entzogen, wollen die Verantwortlichen aller im Bundestag vertretenen Parteien den Mantel des Schweigens über diesen Skandal decken. Strauß, Hauptverantwortlicher in der Affäre, profitiert davon, da er wohl nicht der alleinige Nutznießer bei den gigantischen Rüstungsgeschäften war.

Einer der größten politisch-juristischen Skandale der Bundesrepublik: Die Spiegel-Affäre im Jahre 1962. Auf Anweisung von Strauß sollte unter Zuhilfenahme des bundesdeutschen Militärattachés in Madrid der Spiegel-Redakteur Ahlers festgenommen werden. Die Staatsanwaltschaft Bonn wertete dies Verhalten später als „Amtsanmaßung" und „Freiheitsberaubung".

Strauß stritt, wie immer, alles ab. Auch vor dem Bundestag. Im November 1962 mußte er dann aber doch unter der erdrückenden Last der Tatsachen seinen Hut nehmen. Aber bereits nach zwei Jahren hatte auch die FDP in der Regierung Erhard nichts mehr gegen einen neuen Minister Strauß als Finanzchef einzuwenden. Ebensowenig die SPD in der großen Koalition.

Der ganze Lebensweg von Strauß ist von scharfem Antikommunismus geprägt. Im Westberliner „Kurier" erklärte er 1965: „Am Ende unserer Generation darf es keinen Kommunismus mehr geben."

Strauß verfügte zu allen Zeiten seiner politischen Laufbahn über ausgezeichnete Kontakte zur Wirtschaft. Der „Volkswirt" schrieb 1972: „Strauß ist der Geheimtip der Großindustrie." Er selber saß und sitzt in zahlreichen Aufsichtsräten, vorzugsweise in denen der Luft- und Rüstungsindustrie. Entsprechend stiegen nach Bekanntwerden der Strauß-Kandidatur die Börsenkurse vor allem im Rüstungssektor wie „seit langer Zeit nicht mehr" (Münchner Merkur) in die Höhe.

Es gibt nur wenige ausländische Rechtsextremisten oder Faschistenführer, zu denen Strauß keinen Kontakt hätte. Vom chilenischen Diktator und Terroristen Pinochet bekam er die Ehrendoktorwürde verliehen.

Beteuerungen für die Katz

Als Sprungbrett für noch höhere Aufgaben in der Bundesrepublik wählte er im vergangenen Jahr den Posten des bayerischen Ministerpräsidenten. Beteuerungen, er wolle dieses Amt bis zum Ende der Wahlperiode ausüben, sind, wie seine Position als Kanzlerkandidat der CDU/CSU belegt, soviel wert wie Dutzende anderer Aussagen auf seinem bisherigen politischen Weg.

(Aus: UZ)

Scharfer Protest gegen Schließung der „Station K"

Hungerstreik und 2000 Unterschriften

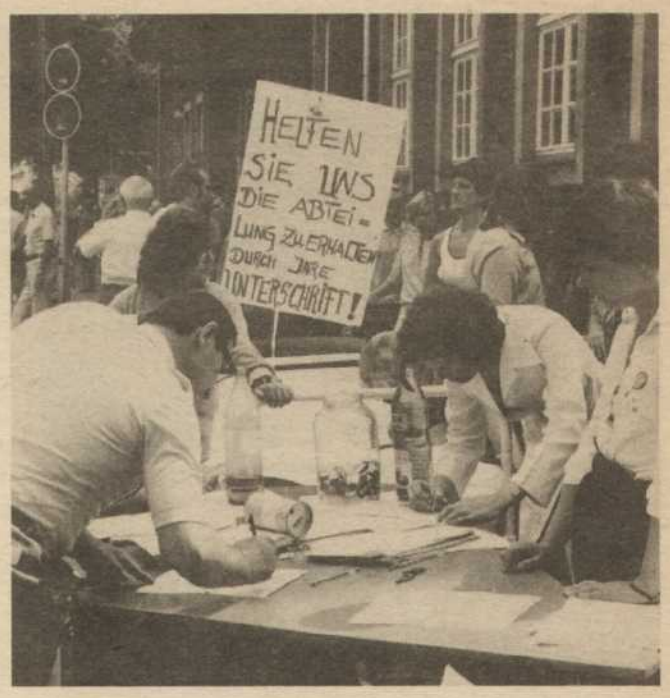
Rund 2000 Unterschriften und der Hungerstreik von Vertretern der Bürgerinitiative für eine ortsnahe psychiatrische Versorgung zeigen, daß die Schließung der einzigen psychiatrischen Krankenstation in Bottrop auf breiten Widerstand stößt. Das bekam auch der Rat zu spüren.

Schon am 16. 7. hatte die Bürgerinitiative mit einer gut besuchten Versammlung auf die Tatsache hingewiesen, daß die Bundesknappschaft in Bochum die sozialpsychiatrische Abteilung des Bottroper Krankenhauses zum 31. 7. schließen wollte. Es ist die einzige Einrichtung dieser Art in Bottrop und Gladbeck. Als Vorwand wurde „Personalmangel" genannt. Vertreter der Bürgerinitiative widerlegten das.

Sie, Ärzte, Patienten und Pflegepersonal, konnten auf die beachtlichen Erfolge einer modernen Therapie hinweisen.

Daher ging die Bürgerinitiative an die Öffentlichkeit. Zunächst sagten die Parteien Hilfe zu. Aber SPD und CDU machten erste Rückzieher, als sie nicht an einer zugesagten Delegation zum Düsseldorfer Gesundheitsministerium teilnahmen. Nur die DKP war dazu bereit. Sie forderte schon am 13. 7. eine gemeinsame Aktion von Rat, Verwaltung und Bürgerinitiative.

Auf einer weiteren Versammlung der Bürgerinitiative am 30. 7. vollführten CDU und SPD wieder Schaukelkunststücke. Auf die Forderung der Bürgerinitiative nach einer gemeinsamen Aktion wollten CDU und SPD keine Zusagen machen. Sie verwiesen allein auf den Sozialausschuß. Ratsherr Czymek forderte für die DKP eine gemeinsame Delegation von Rat und Bürgerinitiative sowie weitere demonstrative Aktionen, um die Zurücknahme dieser bürgerfeindlichen Maßnahme in Bochum und Düsseldorf zu erzwingen.



Die Bürgerinitiative sammelt für „K" Unterschriften.

Sozialausschuß lädt Bürger ein

Der Sozial- und Gesundheitsausschuß des Rates will in seiner Sitzung am kommenden Dienstag, 7. August, um 16 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses über die Maßnahmen zur „Erhaltung der Station K" beraten. Dazu liegen Anträge von DKP, SPD und CDU vor. Vertreter der Knappschaft werden gehört. Interessierte Bürger können diese öffentliche Sitzung besuchen!

Sportlerball mit tollem Programm

Zum Abschluß des diesjährigen Turniers für die Freizeitfußballer in Bottrop findet am 15. September im Lichthof der Berufsschule ein großer Sportlerball statt. Soviel kann schon verraten werden: Bekannte Künstler werden dabei ein attraktives Programm servieren. Zum Tanz spielt eine Klasseband. Kartenvorverkauf ab sofort zum Preis von nur 5 DM.

Thyssen verkauft Häuser **in Bottrop. In der Regel sind es alte Zechenhäuser, die erhebliche Renovierungen erfordern. Auch in der Schanze stehen einige Häuser zum Verkauf oder sind bereits verkauft. Die Mieter, die teilweise seit ihrer Geburt hier wohnen, sehen sich vor die Wahl gestellt, entweder kaufen — oder die Wohnung verlieren. Die DKP-Fraktion informierte sich „vor Ort" über die Stimmung (Foto). Ratsherr Czymek sagte ihnen baldige Information darüber zu, ob durch den Verkauf ihr Wohnrecht bedroht sei.**

Gerlach schockt die SPD

Das Kapitel Bottroper Rathausskandale soll am 30. September gleich um mehrere Kapriolen bereichert werden. Es gibt nämlich einen Amtsleiter, der just an diesem Tage „vorzeitig" in Pension gehen will, um am anderen Tag als Bürgermeister, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses und als Mitglied des Hauptausschusses im Rathaus anzutreten. Er heißt: Theo Gerlach, SPD-Chef in Bottrop. Mit dieser Forderung hat er selbst den SPD-Vorstand geschockt.

Die Dreistigkeit macht stutzig: Wer den Salto vom Chefbeamten zum Chefpolitiker übt, provoziert die Frage, ob da neben persönlichem Ehrgeiz mehr im Spiel ist.

Ein Kernreaktor soll Kohleöl produzieren

Geheimpläne für die Bottroper Kohleverflüssigung / DKP fordert: Karten auf den Tisch!

In der Essener RAG-Zentrale gibt es den Plan, die für Bottrop in Aussicht gestellte Großanlage für Kohleverflüssigung mit einem Hochtemperaturreaktor auszustatten, der mit Kernenergie arbeitet.

Der Plan ist fix und fertig, aber die Bottroper Öffentlichkeit und auch die Verwaltung sollen darüber noch nicht informiert werden. Der Leiter der im Bau befindlichen Bottroper Versuchsanlage, Rudolf Specks, hatte die Anweisung, bei seinem Vortrag vor dem Ratsausschuß für Wirtschaftsförderung über die Absichten Stillschweigen zu bewahren.

Öl und Gas aus Kohle, das sind die kommenden Renner auf dem Energiemarkt. Die Landesregierung will solche Großprojekte mit Millionenzuschüssen fördern. Wir haben schon seit Jahren (siehe Seite 4) den Ausbau der heimischen Energieproduktion auf Kohlebasis gefordert. Aber die Großkonzerne wollten damals nicht. Heute, angesichts sprunghaft steigender Energiepreise, wittern sie bei der Kohleveredlung neue Riesengewinne. Daher ist es um so notwendiger, diesen mit Steuern subventionierten Großprojekten auch so strenge Auflagen für den Umweltschutz aufzuerlegen, daß die Lebensbedingungen der Bürger nicht verschlechtert werden.

Die Pläne der RAG-Tochter GVV (Gesellschaft für Vergasung und Verflüssigung von Steinkohle) zielen in erster Linie darauf, ein „wirtschaftlich-optimales" Verfahren für die Kohleverflüssigung einzusetzen, dazu seien jedoch Kernreaktoren erforderlich. Prof. Peters, Chef der Bergbauforschung, betonte vor kurzem: Die Gewinnung von Gas aus Kohle würde sich beim Einsatz von Hochtemperaturreaktoren um 20 bis 30 Prozent verbilligen.

Die Pläne zur Kohleverflüssigung lassen sich vor allem von den Gewinnerwartungen der Konzerne leiten. Wir haben dagegen zu fragen, welche Probleme und Gefahren damit auf die Bürger zukommen? Die DKP-Fraktion stellte schon 1978 die Frage, welche Auswirkungen der Bau einer Großanlage im Raum Prosper II für unsere Stadt hat. Heute wissen wir, daß dafür rund 150 ha Fläche benötigt werden.

Müßten demnach Wohnsiedlungen für diesen Bau geopfert werden? Welche Sicherheitsrisiken würde der Kernreaktor bringen? Fragen über Fragen. Die DKP-Fraktion wird sich im Rat dieser Sache annehmen und eine umfassende Information über alle Planungen im Zusammenhang mit der Kohleverflüssigungsanlage fordern. Wir sind der Meinung: Die Zukunft unserer Stadt darf nicht gegen oder ohne die Bürger geplant werden!

Clemens Kraienhorst